

17. März



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81 - 33
Fernschreiber 0 826 890

P/IVI/64 - 17. März 1951

Hier veröffentlichten in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Zwischenbilanz der USA-Reise des "Regierenden" 86

Von Jesse von Puttkamer, Chefredakteur des "Vorwärts",
z.Zt. in den Vereinigten Staaten

3 Kein Boden für Spalter 49

Vor den Betriebsräteahlen im Bergbau

4 Tiefstend der Elektrizität 26

Zu einer Aussendung des Bundeswohnungsbauamministers

4 5000 Studenten - ein Professor 24

Ein unmöglicher Zustand

5 - 6 "Juriststag" 91

Der gegenwärtige Stand auf dem Kriegsheimat-Markt

Von Gerhard Halberstadt

Zwischenbilanz der USA-Reise des "Regierenden"

Von Jesco von Puttkamer, Chefredakteur des "Vorwärts"

z. Zt. in den Vereinigten Staaten

Ob Washington, Chicago oder New York - die Reise des "Regierenden" von Berlin ist für die politisch interessierte Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten eines der wichtigsten Themen. Hierbei spielt nicht nur die Tatsache eine Rolle, dass Willy Brandt in einem Rekord von geistiger und physischer Leistung die entscheidenden Männer der heutigen USA spricht, mit ihnen diskutiert und einen intensiven Gedankenaustausch führt, sondern auch mit einer von der gesamten amerikanischen Presse registrierten Exaktheit Fragen beantwortet, selbst Probleme zur Debatte stellt und mit einer erstaunlichen Konzentration bis zu Ende diskutiert. Die amerikanische Nachrichtenagentur upi fasst diesen Eindruck in der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Bemerkung eines der Gesprächspartner Willy Brandts zusammen: "Dieser Mann könnte überall in den Vereinigten Staaten gewählt werden".

Unser Beitrag?

Was interessiert nun Willy Brandts Gesprächspartner am meisten? An erster Stelle steht überall und immer noch die Frage nach den amerikanischen Finanzverhandlungen und der Bereitschaft der Bundesrepublik, einen eigenen Beitrag zur Entwicklungshilfe und zu anderen Aufgaben der westlichen Gemeinschaft zu leisten. Brandt antwortet, er könne nicht über Zahlen sprechen, da die Bundesregierung die Opposition nur sehr unvollständig und praktisch überhaupt nicht über die amerikanischen Vorstellungen unterrichtet. Für seine Person und seine Partei, die SPD, sei es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik einen fairen Beitrag zu den westlichen Gemeinschaftsaufgaben beizusteuern habe, und dass die Opposition jede sinnvolle Maßnahme in dieser Richtung unterstützen werde.

Brandt fügt aber hinzu: "Wenn es einen Unterschied zwischen Regierung und Opposition in dieser Frage gibt, so liegt er im wesentlichen darin, dass sich die SPD schon seit langer Zeit eine entsprechende, weit voraussehende Planung der deutschen Möglichkeiten gewünscht hat".

Der Eichmann-Prozess

Natürlich spielt in den meisten Gesprächen auch der kommende Eichmann-Prozess eine Rolle. Brandt sagt dazu, es sei möglich, dass Dr. Adenauer mit seiner Befürchtung recht habe, durch den Eichmann-Prozess könnten sich die Beziehungen der Bundesrepublik zu einigen Ländern verschlechtern. Er hoffe das aber nicht, obwohl er glaube, dass durch den Prozess noch einmal die "schwärzeste deutsche Vergangenheit" lebendig werden würde. Willy Brandt verweist aber auch darauf, dass der Prozess eine gute Seite habe; er werde deutlich machen, dass

17. März 1961

die Bundesrepublik nichts mehr mit jener Vergangenheit gemein habe. - Immer fügt Willy Brandt in diesem Zusammenhang hinzu, diese seine Meinung gelte nicht nur für die SPD, sondern auch genau so für die Partei Dr. Adenauers.

Berlinfrage muss Teil des Deutschlandproblems bleiben

Überall, wo Brandt hinkommt - und ganz gleich, in welchem Kreis er Diskussionen und Unterhaltungen führt - wird das Berlinproblem angesprochen. Hierzu meint der "Regierende", der Westen habe nicht die geringste Veranlassung, von sich aus die Berlinfrage aufzugreifen, die stets ein Teil des Deutschlandproblems bleibe. Er erwähnt seine Unterhaltung mit Präsident Kennedy, dem er besonders dankbar für die erneute Bekräftigung ist, dass die USA aus Überzeugung und Verpflichtung für die Freiheit von Berlin eintreten.

"Keine Erweiterung des Atomklubs"

In Unterhaltungen mit den Mitarbeitern Kennedys und besonders bei Diskussionen mit Militärs wird stets die Frage des atomaren Rüstungswettlaufs und insbesondere die der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr aufgeworfen. Dazu Willy Brandt: "Ich bin unbedingt gegen eine Erweiterung des Kreises der atomar gerüsteten Mächte; eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen auf nationaler Basis lehne ich daher ab". - Brandt erläutert dann seinen Gesprächspartnern, dass, unbeschadet der Selbstverständlichkeit eines deutschen Beitrages zur westlichen Verteidigung, diese Frage nicht nur einer militärischen, sondern auch einen politischen Aspekt hat. "Ein militärisches deutsches Übergewicht in Europa würde sicherlich nicht nur jenseits des Eisernen Vorhanges, sondern auch bei vielen unserer Partner im Westen keinen Anklang finden." - Brandt hat im übrigen die Überzeugung gewonnen, dass alle diese Fragen auch in Washington noch nicht zu einer Entscheidung herangereift sind. Das Problem eines deutschen atomaren Verteidigungsbeitrages kann nach Willy Brandts Auffassung nur auf internationaler Grundlage geprüft und gelöst werden.

Neue Impulse von uns erwartet

Aber vielleicht noch viel entscheidender als diese in fast allen Gesprächen wiederkehrenden Themen ist das ganz offensichtliche Bestreben der Regierung Kennedy, die vielfältigen und komplizierten Probleme der internationalen Politik neu zu überprüfen. Bei den Diskussionen zeigt sich, dass man von einem Mann wie Willy Brandt nicht nur Antworten auf gestellte Fragen hören will, sondern auch bereit ist, Anregungen entgegenzunehmen. Dasselbe trifft auf die amerikanische Öffentlichkeit zu, die - repräsentiert durch ihre Presse - jede Anregung Willy Brandts aufnimmt und zur Diskussion stellt.

Der "Regierende" von Berlin hat in den Vereinigten Staaten zu erkennen gegeben, dass er selbst und die Partei, deren Kanzlerkandidat er ist, bereit sind, einen solchen von uns erwarteten Beitrag zur Weiterentwicklung der internationalen Politik unter neuen Gesichtspunkten zu leisten.

Kein Boden für Spalter

H.M. - Noch ehe die Betriebsrätewahlen von 21. bis 25. März im bundesdeutschen Bergbau durchgeführt sind, kann schon jetzt eines festgestellt werden: Die systematischen Versuche der Kommunisten und der sogenannten christlichen Gewerkschaft, die gewerkschaftsorganisatorische Einheit der Bergarbeiter zu zerstören, sind abermals kläglich gescheitert. Schon bei den letzten Betriebsrätewahlen vor zwei Jahren erhielt die IG Bergbau und Energie 97,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und 97,2 Prozent der Betriebsratsmandate.

Es scheint mit Sicherheit zu erwarten zu sein, dass auch bei den diesjährigen Wahlen die Einheitsgewerkschaft alle anderen Gruppierungen, die sich um Betriebsratsmandate bewerben, aus dem Felde schlagen wird. Eine erste Prognose gestattet eine Übersicht über die Anzahl der eingereichten Listenvorschläge nach Ablauf der Einreichungsfrist in den Betrieben. Während die IG Bergbau und Energie in den über 600 Betrieben überall ihre Wahlvorschläge eingereicht hat, gelang dies den anderen Gruppen nur in einem mehr als bescheidenen Masse. So beträgt die Zahl der deutlich als KP-Listen erkennbaren Wahlvorschläge nur fünf. Trotz gross angelegter Propagandakampagnen der Kommunisten, ihre aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Spitzenfunktionäre wieder zur Wahl zu stellen, scheiterten diese Unterwanderungsversuche an der konsequenten Haltung der Bergarbeiterschaft, die sich in der Regel an die von ihrer Gewerkschaft herausgegebene Devise gehalten und keine anderen Wahlvorschläge unterschrieben hat.

Um Wahlvorschläge überhaupt einreichen zu können, ist es nämlich notwendig, die Unterschrift von 10 Prozent der Wahlberechtigten, höchstens aber von 100 Wahlberechtigten, unter den Listen zu haben. Diese gesetzlich vorgeschriebene Bestimmung zu erfüllen, gelang weder den Kommunisten noch den Vertretern der CGD in der von ihnen erhofften Weise. Schon bei der Unterschriftensuche hatten diese Splittergruppen den entschiedenen Widerstand der Bergarbeiter zu spüren.

Der sogenannte Christliche Bergarbeiter-Verein (CBV) - seit Jahren erfolglos um seine öffentliche Anerkennung bemüht - hat lediglich eine Liste mehr als vor zwei Jahren einreichen können. Damit ist es dem CBV lediglich gelungen, in insgesamt 25 Betrieben eigene Listen einzureichen. Das ist ein wahrhaft klägliches Ergebnis, wenn man bedenkt, dass gerade diese Splittergruppe sich der sehr wohlwollenden und aktiven Unterstützung der Regierungspartei erfreut. Es dürfte keinen deutlicheren Beweis dafür geben, dass das Experiment der 1956 erfolgten Gründung von Richtungsgewerkschaften als gescheitert anzusehen ist, als diese Zahlen. Sie zeigen, dass die sogenannten christlichen Gewerkschaften keine Resonanz in der Arbeiterschaft haben.

So werden auch die diesjährigen Betriebsrätewahlen ein erneuter Beweis dafür sein, dass sich die Bergarbeiterschaft nicht von ihrer Einheitsgewerkschaft trennen lässt und nur in ihr den Garant für eine echte Interessenvertretung in den Betrieben sieht.

Tiefstand der Polemik

sp - In der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes hat es manche erregte Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition gegeben, manch heftiges Wort ist dabei gefallen, manche Temperamente konnten sich kaum noch zügeln. Das braucht man nicht allzu tragisch zu nehmen, schließlich sind es ja Menschen aus Fleisch und Blut und keine stolchlose Automaten. Das Ringen um das Für und Wider im politischen Bereich gehört zum Lebenselement der parlamentarischen Demokratie, es gibt ihr Farbe und Klang und zwingt zur Stellungnahme. Allerdings hat jede Polemik und jede Kritik auch eine Grenze oder sollte sie haben - wer sie überschreitet, kennzeichnet sich selbst. Bundeswohnungsbauminister Lücke glaubte die harte, sachlich gerechtfertigte Kritik des sozialdemokratischen Wohnungsbauexperten Dr. Brecht dadurch entkräften zu können, indem er Meldungen eines sowjetzonalen Senders zitierte, die "beweisen" sollen, wie nahe Brecht der sowjetzonalen Terminologie verbunden sei. Das ist eine recht häßliche Not oder, sich so seiner Kritiker zu entledigen, unterstellt man ihnen doch, sie sprächen die Sprache der Kommunisten und bezweifelt damit ihre demokratische Legitimation. Herr Lücke hat bisher noch keine Antwort darauf gefunden, wie er mit ungerechtfertigten Mieterhöhungen und dem anhaltenden Bodenwucher fertigzuwerden gedenkt. Hier offenbart sich die Ohnmacht des von ihm geleiteten Ministeriums. Und genau darum ging es bei der zweiten Lesung seines Haushalts. Statt darauf zu antworten, nahm er Zuflucht zu einem ostzonalen Sender. Dieser Stil paßt eigentlich nicht zu ihm, aber er erklärt sich wohl aus der Versuchung, angesichts des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes die Grenzen des Anstands und der Sachlichkeit zu überschreiten. Ihm ist Lücke unterlegen. Dafür gibt es keine Entschuldigung.

+ + +

3000 Studenten - ein Professor

sp - Auf rund 3000 Studenten der Wirtschaftswissenschaften kommt an deutschen Universitäten nur ein einziger ordentlicher Professor - zu dieser alarmierenden Feststellung kam der CDU-Bundestagsabgeordnete Curt B e c k e r. Dr. Becker steht an der Spitze einer neunköpfigen Gruppe führender deutscher Betriebswirtschaftler, die demnächst in den Vereinigten Staaten prüfen soll, inwieweit sich amerikanische Lehrmethoden und Unterrichtspläne auf die Bundesrepublik übertragen lassen. Hoffentlich bleibt es nicht beim bloßen Studium, hoffentlich werden recht schnell die Folgerungen daraus gezogen. Wir laufen sonst Gefahr, auf den Stand eines unterentwickelteren Landes herabzusinken. Auf diesem Gebiet, wo die eigentlichen Entscheidungen über die Zukunft fallen, geschieht in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unvergleichlich mehr - in der Sowjetunion kommt auf etwa 3-500 Studenten ein Professor. Schon heute sind wir nicht in der Lage, den Aufgaben der deutschen Entwicklungshilfe zu entsprechen - und diese besteht ja nicht nur in der Zahlung von Milliardenbeträgen. So werden nach Schätzungen berufener Sachleute im Rahmen einer deutschen Entwicklungshilfe von der Türkei über Afrika, Indonesien, Südostasien etwa 3000 Professoren, Assistenten, Lektoren und Fachschulleitern benötigt. Wir haben sie nicht. Hier klopft eine ungeheure Lücke zwischen Wollen und Möglichkeiten. Was auf diesem Gebiet im letzten Jahrzehnt verdrängt und unterlassen wurde, kann uns in nicht allzuferner Zukunft noch teuer zu stehen kommen. Nicht nur die Fähigkeit zur wirksamen deutschen Entwicklungshilfe steht auf dem Spiel - wir als Nation geraten im Vergleich zu anderen Industrienationen ins Hintertreffen.

+ + +

- 5 -

Umrüstung

Von Gerhard Halberstadt

Es wurde protestiert, es gab ein sähes Ringen in Öffentlichkeit und Amtsräumen, zwischen Verlagsbüros und Verbandszentralen. Einige Leute - Jugendleiter, Juristen, Pädagogen, Publizisten - waren aufgestanden und hatten die Kriegsgroschenhefte als Gefahr bezeichnet und diese Gefahr gekennzeichnet. Es wurden Indizierungsanregungen entworfen und verworfen, es wurden Indizierungsanträge angenommen und abgelehnt, und es gab Verwaltungsgerichtsverfahren. Und schliesslich wurde das Gesetz gegen jugendgefährdende Schriften (GjS) geändert.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung konnte man Anzeichen beobachten, die einen gutgläubigen Optimisten ermutigen oder gar beruhigen mochten: Die Reihe "Die andere Seite" des zur Pabel-Gruppe gehörenden Uta-Verlages ging sang- und klanglos ein; desgleichen werden die Moewig-Reihen "Fliegergeschichten" und "SOS-Schicksale deutscher Schiffe" eingestellt. Die Reihe, die das so verwirrende Schlagwort "Der Landser" geliefert hat, tat auch so, als sei sie nicht mehr ganz da. Das schien aber nur so: das knallbunte Gewand, das die Kritiker einst aufgereizt hatte, war einer Grau-in-Grau-Tarnung, und die hübschen malings waren Reproduktionen von Photos gewichen.

Doch wie sah's darinnen aus? Es mehrten sich ohne Zweifel die Hefte, die dem Kritiker nach dem GjS und dessen bisheriger Anwendung weniger Handhaben boten. Auch der Inhalt wurde getarnt und angeglichen. Das nahm zuweilen poussierliche Formen an. Wo früher unbedenklich mit den rüdesten Landserausdrücken herumgeworfen wurde, setzte man jetzt gelegentlich hinzu: ... sagte X im Landserjargon. Ja, es gab sogar Hefte, - es hatte sie übrigens auch vorher schon gegeben, siehe auch DAG-Untersuchung "Schutz vor Sekund" - über die nie ein ernsthafte kritisches Wort gefallen wäre, wenn es nur sie gäbe! Beispiel: Die Brücke von Romagen.

In ihnen verspürt der Leser einen Hauch des Grauens, ohne den jedes Bild des Krieges unwahr wird; in ihnen merkt man etwas von der letzten Fragwürdigkeit des ganzen Geschehens, von der eigenen Verantwortung; hier wird nicht nur frisch-erblich "vernascht" und "umgeblasen" oder lediglich der Tod eigener Kameraden beklagt; und hier findet sich - o Wunder - auch das eine oder andere kritische Wort über den "Führer" und seine Paladine.

Ein ganz besonderer Fall sind die Pabel-Taschenbücher, und hier wieder jenes über den Aufstand von Warschau. Es informiert zutreffend, es zeigt Ehrfurcht vor dem Leid der Bedrängten, Hingemordeten und Sterbenden - beider Seiten. Bin neuer Fraschka? Verfrüchte Frage. Immerhin könnte man in Vorgesetzten-Jargon von einer fragen: "Ka also, meine Herren, warum nicht gleich so?!"

Jedoch scheint mir dieses idyllische Bild plötzlich ausgebrochener Verantwortlichkeit, Sachtreue und reduzierter Gefährdung nur zuzutreffen, solange man sich nicht entschliessen kann, die Dinge im Zusammenhang zu sehen und auch im Zusammenhang zu behandeln. Es ist einfach unglaublich, dass die gleichen Verleger und Autoren samt ihrer "Selbstkontrollen", die jahrelang masslos, militär und chauvinistisch daherkamen, nun auf einmal brave friedfertige Demokraten geworden sind. Noch immer gibt es die Deutsche Soldatenzeitung, die Buchkameradschaft Scharnhorst und die Deutsche Monatshefte für Politik und Kultur samt ihrem Mitherausgeber Major Bauer, seit neuestem nicht mehr Bonn,* braucht also das Vaterland doch noch immer die wackeren, die ungeschont "die Wahrheit sagen, den Krieg schildern, wie er ist - um unserer Ehre willen!"

Ganz anders wird das Bild, nimmt man die neuere Entwicklung hinzu und beobachtet man zugleich die "durchlaufenden" Züge dieser "Literatur". Die bunte Kriegsbemalung ist wieder da, prächtiger als je. In einem der "grauen" Hefte war auch schon die Rede davon gewesen, dass diese Anpassung bald wieder aufgegeben werden könne! Und noch immer leuchtet der stahlharte Blick des unsterblichen deutschen "Landser" - der Blick des Gegners bleibt merklich blass. Noch immer zeigen die schimmernden Textzeichnungen die kantigen Züge deutscher Helden und die meist abstossenden Ost-Visagen oder angestverzerzten Gesichter anderer Gegner. Noch immer besteht der deutsche Held unwahrscheinliche Situationen in Bild und Wort quasi mit Links. Noch immer wird den "Burschen drüben eins draufgebrannt", noch immer wird durch Detailaufstellungen die Tradition der deutschen Einheiten des zweiten Weltkrieges - sicher auch zu Abschreckungszwecken - aufrechterhalten, noch immer "zielen die Rotarmisten schlecht", noch immer fließt der Schnaps, noch immer ist "Granate Granate und Skat Skat" und stirbt man "auf jeden Fall mit Gelgenhumor". Nun denn.

Noch immer erfüllen die Hefte insgesamt die Merkmale früherer Entscheidungen der Bundesprüfstelle: sie verwirren die ethische Einordnung des Krieges, sie gefährden die sozial-ethische Urteilsbildung der Jugend, sie verschleiern den wahren Charakter der NS-Führung und ihres Krieges, sie lassen den Krieg als romantisches Abenteuer, als Bewährungsprobe für männliche Tugenden und heldische Fähigkeiten und als einzigartige Möglichkeit erscheinen, Anerkennung, Ruhm oder Auszeichnung zu gewinnen, es bleibt der Massierungs- und Gewöhnungseffekt, der Krieg wird weiterhin als Kulisse für Abenteuerreisser missbraucht, verkitscht und verschulzt, es werden bedenkliche Vorbilder vorgeführt (vgl. Entscheidung 717 a der Bundesprüfstelle vom 6. Mai 1950!). Man vertraue auch nicht darauf, dass die alten, "schlimmen" Hefte ja langsam aus dem Umlauf verschwinden. Mitnichten. Noch vor wenigen Tagen sah man einen der "alten Schinken", der dennoch erst kürzlich indiziert wurde, an einen Kiosk aushängen. Es handelt sich um das erste indizierte Moewig-Groschenheft "Adler der Tundra" (Sonderband 40).

Es wird angepasst im Lager der Groschenhelden und ihrer "geistigen Väter" und nichts geändert. Im Pabel- und im Moewig-Verlag wird nicht absondern umgerüstet.

* Der Für die "Information für die Truppe", herausgegeben vom Bundesverteidigungsministerium, verantwortliche Schriftleiter, Major Karl Bauer, wurde kürzlich als stellvertretender Bataillons-Kommandeur versetzt.